

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 8 41. Jg.

24. Febr. 1928

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis mit *Graph. Technik* 0,50 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 1,— Mk.

Redaktion:
Hans Ronnger, Berlin N 24, Elsassstraße 86-88 III. Redaktionsschluss: Montag. Telefon Amt Norden 4268
Verlag: Johannes Haß, Berlin N 24 — Druck und Expedition: Conrad Müller, Schenkenditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — *Zuschriften an die Expedition erbeten.* Postverlagsort Schkeuditz

KOLLEGEN ALLERSPARTEN!

Unsere technischen Körperschaften haben sich die Aufgabe gestellt, berufstechnisches Wissen zu vermitteln, propagandistisch für unser Gewerbe zu wirken und für qualitative Hebung der Arbeitsleistungen tätig zu sein. Wenn das für richtig erkannt wird, erwächst für uns die Pflicht, soweit wir für unseren eigenen Bedarf produzieren oder produzieren lassen, nach diesen Grundsätzen zu verfahren. Deswegen auch die Ausschreibungen der verschiedenen Instanzen zur Erlangung guter Entwürfe für die Erfordernisse der Gewerkschaften und politischen Arbeiterparteien. Deswegen aber auch die Rundsendungen kollegialer Drucksachen unserer Technischen Zentrale, um zu zeigen, dass in dieser Hinsicht noch manches zu tun ist.

Die Technische Arbeitsgemeinschaft Leipzig will sich erneut in den Dienst der Sache stellen, und hat einen Betrag von 500.— Reichsmark aufgebracht, der zu einem

PREISAUSSCHREIBEN

Verwendung finden soll. Eingefordert werden Entwürfe für Gedenkkarten zu unseren jährlichen Senefelderfeiern. Alle Vielfältigungsmanieren sind zugelassen. Der Phantasie ist die grösste Freiheit gewährt. Humor und Satire sind gleichberechtigt neben erster und symbolischer Darstellung. Die einfache solide Aufteilung der Fläche durch Schriften ist ebenso willkommen wie das bildliche Kolorit. Farbenzahl nicht über 3. Die Grösse der Entwürfe soll 12×18 cm möglichst nicht übersteigen.

Ausgehend von der Tatsache, dass wir unseren Altmeister nicht jedes Jahr mit ernster Miene im Bratenrock und weisser Binde feiern können, sondern dass unsere gesellschaftlichen Zusammenkünfte sich auswirken sollen als Stunden der Fröhlichkeit und der modernen Lebensbejahung, erscheint es angebracht, hervorzuheben, dass es durchaus nicht nötig ist, wieder und immer wieder bei den Entwürfen auf das Porträt unseres Altmeisters zuzukommen. Also los von dem Ewig-Gestrigen, denn: „Hoppla, wir leben!“ Der Meister ist durch die Benennung unserer Feiern ja ohnehin jedes Jahr geehrt und deswegen haben wir uns auch entschlossen, als Text beizubehalten: SENEFELDERFEIER 1928. Als Jahreszahl soll „1928“ so gestellt sein, dass sie leicht abgeändert werden kann, damit die Entwürfe für andere Jahre Verwendung finden können. Der Ortsname kann beim Programmeindruck auf der Rückseite genügend berücksichtigt werden.

Das Preisrichterkollegium stellt die Technische Arbeitsgemeinschaft Leipzig zusammen. Diesem Kollegium bleibt es auch vorbehalten, über Anzahl und Höhe der Preise Beschluss zu fassen. Absicht ist, möglichst allen guten Arbeiten eine geldliche Anerkennung zukommen zu lassen, wenn auch hinsichtlich der Beteiligung die ideale Verpflichtung aller Befähigten den Ausschlag geben soll. Letzter Einsendungstermin ist der 31. März 1928.

Die Ausstellung der Entwürfe wird dem Verbandstag zugeeignet und soll erstmalig den Delegierten gezeigt werden. Daraus ergibt sich eine weitere Verpflichtung zur restlosen Beteiligung. Nach dem Verbandstag werden die Entwürfe Eigentum der Technischen Zentrale und gehen als Rundsendungen durch alle Mitgliedschaften, damit weitere Ankäufe erfolgen können. Dadurch wird noch mancher Entwurf zur Anerkennung kommen und die Gelegenheit, aufgewendete Mühen gut entlohnt zu erhalten, ist selten so gegeben wie bei unserem Ausschreiben.

Die T. A. G. Leipzig hofft und erwartet, dass sich die Mitgliedschaftsverwaltungen für die Beteiligung an diesem Ausschreiben, das ja allen nützen soll, mit aller Energie einsetzen werden. Eine ungenügende Beteiligung wäre ein schlechtes Zeichen für das Interesse am eignen Werk. Wir wollen mit unseren Ideen und Entwürfen nicht nur anderen dienen, die nutzbringend die Früchte unserer Arbeit verwerten, sondern auch uns! Von allen Gewerben, sind wir auf Grund unserer Tätigkeit am ehesten dazu befähigt, bei unseren Drucksachen unseren eigenen Ideen Ausdruck zu verleihen. Darum mit Griffel und Pinsel frisch ans Werk!

TECHNISCHE ARBEITSGEMEINSCHAFT LEIPZIG

Die modernen Lohntheorien. (2)

a) Die bürgerlichen Lohntheorien.

Die Zeit der klassischen nationalökonomischen Theorien liegt weit hinter uns. Nicht nur, daß die Theorien selbst zum großen Teil preisgegeben sind, auch die Fragestellung und die Behandlung des Themas sind andere geworden. Die Frage nach dem warum der Differenz zwischen Arbeitslohn und Produkt der Arbeit bleibt unbeantwortet. Bei der Frage nach der Höhe des Lohnes wird auf die tatsächlichen Verhältnisse verwiesen. Es ist so, daß der Lohn niedriger ist als das Arbeitsprodukt und daß sich die Löhne auf einem bestimmten Niveau ausrichten. Man ist von der theoretischen Forschung zur historischen übergegangen und fragt heute nach den praktischen Bedingungen und nach den Wirkungen von Veränderungen im Lohnniveau. Eine Ausnahme davon macht die Produktivitätstheorie und im Anschluß an ihre Fragestellung die Grenznutzentheorie.

Wir bemerkten schon bei der Erwähnung der Theorie vom veränderlichen Lohnfonds, daß die Lohnfondstheorie in eine Produktivitätstheorie hinübergleitet. An der Spitze der Produktivitätstheoretiker steht Carey. Er erkennt weder das

Bevölkerungsgesetz von Malthus noch das Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag von Ricardo an und kommt demzufolge zu ganz anderen Schlüssen. Auf Grund der Beobachtungen in seiner amerikanischen Umgebung sagt er, daß zuerst der schlechtere, dann der bessere Boden in Bearbeitung genommen und zuerst das schlechtere, dann das bessere Werkzeug verwendet wird, daß demzufolge die Produktivität der Arbeit und mit ihr der Arbeitslohn steigt. Arbeitskraft wird in immer größerem Maße nachgefragt als angeboten. Diese Ansicht ist verständlich, wenn man die Stimmung berücksichtigt, aus der heraus sie gegeben wurde. Es ist die des jungen Amerika, dem noch unbegrenzte Möglichkeiten der industriellen Produktion offenstanden. Aber sie ist falsch. Höhere Produktivität der Arbeit schafft nicht mehr als die Möglichkeit höherer Löhne.

Neuere Vertreter der Produktivitätstheorie, etwa Dietzel und Arndt, übernehmen den Fehler. Bei ihnen besteht die ganze Theorie in der Behauptung, daß der Lohn mit der Produktivität der Arbeit steigt. Sicherlich ist die Produktivität der Arbeit in den letzten Jahrzehnten gestiegen. Offensichtlich auch der Arbeitslohn. Steigerung der Produktivität der Arbeit ist die Voraussetzung

für die Steigerung des Lohnes, ob sie aber an sich schon die Ursache zu Lohn erhöhungen ist, bedarf des Beweises. Hier, wo die eigentliche Theorie beginnen sollte, schweigt man. Die theoretische Aufgabe wäre, nachzuweisen, daß ein mechanischer Zusammenhang zwischen Produktivität der Arbeit und Lohn besteht, der bewirkt, daß bei der höheren Produktivität der Arbeit auch der Lohn automatisch steigt.

Einen solchen Zusammenhang sieht die Grenznutzentheorie. Auch für sie ist die Fruchtbarkeit der Arbeit ein wichtiger Bestimmungsgrund für den Lohn. Nach ihr wird der Lohn bestimmt durch den Nutzen, den der schlechteste, noch zur Produktion gebrauchte Arbeiter dem Unternehmer stiftet und durch die Wertschätzung der Arbeitskraft durch den schwächsten Unternehmer. Kürzer und deutlicher gesagt: Der Lohn wird durch Angebot und Nachfrage bestimmt. Das wäre die alte Angebot-Nachfrage-theorie, wenn nicht die Auffassung von der Produktivität der Arbeit ein neues Moment hineinbrüge. Die unterste Grenze des Arbeitslohnes ist hier nicht die Menge von Lebens- und Unterhaltsmitteln, die gerade noch ausreichen damit der Arbeiter seine Arbeitskraft wieder ersetzen kann, sondern die

Summe von Gütern, die der schlechtesten, noch zur Produktion gebrauchte Arbeiter noch erarbeiten kann. In dem Maße, in dem die Produktivität der Arbeit steigt, steigt also auch diese untere Grenze und damit das gesamte Niveau der Löhne.

Aber auch diese Theorie ist falsch, weil sie mit Wertschätzungen und ähnlichen psychologischen Momenten arbeitet, mit denen man in der Ökonomie nun einmal nichts anfangen kann.

Während in den erwähnten Gedankengängen wenigstens noch eine Theorie versucht wird, finden wir bei Cassel, Bagge und anderen eine bloße Aufzählung von Momenten, die auf die Lohngestaltung Einfluß haben. Bei Cassel richtet sich der Lohn nach der relativen Knappheit der Arbeitskraft, also nach Angebot und Nachfrage. Nach Bagge wird der Lohn in der Wirtschaft durch ständige Verschiebungen einer nicht bekannten Gleichgewichtslage bestimmt, also auch durch Angebot und Nachfrage.

In der Baggeschen Formulierung wird die Veränderung in der nationalökonomischen Fragestellung ganz deutlich. Die klassische Nationalökonomie und auch Marx verwandten alle Mühe darauf, um über den festen Punkt, über den Wert der Ware Arbeitskraft, über die Baggesche Gleichgewichtslage im Ruhezustand Klarheit zu gewinnen. Heute interessiert der Wert nicht mehr, die Gleichgewichtslage bleibt unbekannt und nur die Kräfte interessieren, die Veränderungen in Angebot und Nachfrage nach Arbeitskraft bewirken.

Solcher Kräfte gibt es viele.

Das Angebot wird hervorragend beeinflusst durch die Bevölkerungsvermehrung. Über Lohn und Bevölkerung ist in diesen Blättern genügend gesprochen worden. Das Angebot wird ferner beeinflusst durch das Maß der Verwendung von Maschinen, durch die Agrarverfassung (siehe Oppenheimers Lohntheorien) und durch die soziale Gesetzgebung. Man kann sich denken, daß die Durchführung des Achtstundentages oder ein Verbot von Frauen- und Kinderarbeit das Angebot von Arbeitskraft wesentlich einschränken würde.

Die Nachfrage nach Arbeit ist nach Cassel, ebenso wie die Nachfrage nach jeder anderen Ware abhängig von der Größe der gesellschaftlichen Gesamtproduktion und von der gesellschaftlichen Gesamtkaufkraft. Die gesellschaftliche Gesamtkaufkraft aber wird gebildet durch das Gesamteinkommen der Bevölkerung. Hier beginnt nun die Problematik, die in die bürgerliche Lohntheorie einen Zwiespalt hineinträgt, den sie nicht überwinden kann. Zwar nicht Cassel selbst, aber die, die weiter denken, sehen, daß zur Gesamtkaufkraft und zum Gesamteinkommen der Bevölkerung auch die Kaufkraft und das Einkommen der Arbeiter gehören. Ja, da der größte Teil z. B. des deutschen Volkes vom Lohneinkommen lebt, wird die Gesamtkaufkraft und das Gesamteinkommen von der Lohnhöhe in ganz erheblichem Maße beeinflusst. Wenn es so ist, daß die Erhöhung der Löhne die Gesamtkaufkraft erweitert und die Zusammensetzung der Kaufkraft in einem für die Industrie günstigen Maße beeinflusst, so muß das für die Volkswirtschaft fördernde Wirkungen haben. Die hohen Löhne zwingen zur Rationalisierung und die gesteigerte Massenkraft sichert den Absatz der Produkte und die volle Ausnutzung der Produktionsanlagen. Auf diesem Wege kommen wir zu der paradox klingenden Umkehrung des Satzes, daß höhere Produktivität der Arbeit die Voraussetzung für höhere Löhne ist. Nach den eben gepflogenen Überlegungen müßte man sagen, daß höhere Löhne die Voraussetzung für höhere Produktivität der Arbeit sind.

Das ist der Widerspruch, der durch das bürgerliche ökonomische Denken geht.

In der letzteren Weisheit stehen die paar amerikanischen Unternehmer instinktiv und einige Wissenschaftler wie Garett, Bertram Austin, Francis Loyd und andere bewußt, wenn sie die Parole: Hohe Löhne, niedrige Preise propagieren und ihre Theorie vom ausdehnbaren Lohnfonds aufstellen.

In der ersteren Weisheit stehen die europäischen Unternehmer, wenn sie den Arbeitern raten mit niedrigen Löhnen zufrieden zu sein, damit die Industrie gewinnbringend arbeiten und dauernd Arbeitsgelegenheit bieten kann, wenn sie die Löhne kürzen wollen.

Zwischen diesen beiden Auffassungen liegt der Ozean und die Zeitwende des Krieges und der Inflation. In ihnen drücken sich die verschiedenen wirtschaftlichen Konstellationen Europas und Amerikas aus.

Für den Unternehmer ist der Lohn ein Unkostenfaktor, für die Volkswirtschaft ein Kaufkraft-Element. Die erste Auffassung geht vom Standpunkt des privatwirtschaftlich gesonnenen Unternehmers, die andere vom Standpunkt des gesamtwirtschaftlich orientierten Volkswirts aus. Zwischen den beiden Standpunkten schwankt die bürgerliche Wissenschaft. Eine Klärung ist noch nicht in Aussicht.

K. S.

Gestern, heute, morgen.

Die Zeit eilt und gibt Lehren. Was sind diese Lehren? Unsere Ziele und Bestrebungen stehen fest ebenso unsere Ideale. Wir wollen den Weltfrieden und bekämpfen, was diesen gefährdet: imperialistische Eroberungsgelüste, koloniale Ausbeutung und die säbelrasenden nationalistischen Fascismen. Wir wollen die wirtschaftliche und soziale Neuordnung der Gesellschaft, den Sozialismus. In dem Kampf für dieses Ideal müssen wir aber auch in der bestehenden Gesellschaftsordnung auf das Wohl der arbeitenden Bevölkerung bedacht sein, daß ihr Anteil an dem Sozialprodukt sich erhöhe und ihr kultureller und gesundheitlicher Zustand sich hebe. Deshalb ist für uns eine Wirtschaftspolitik, welche die Entfaltung der Produktivkräfte wie den friedlichen Warenaustausch unter den Völkern fördert, ebenso wichtig wie der Arbeiterschutz und in dessen Rahmen die Sozialpolitik. Was hat uns nun, gemessen an diesen Zielen und Bestrebungen, die vergangene Zeit gebracht?

Hat sie den Weltfrieden gesichert? Das wird man wahrlich nicht behaupten können. Man redet heute von einem neuen Kriege, als ob der Weltkrieg überhaupt nicht gewesen wäre, von dem kommenden „chemischen“ Kriege, und man bezeichnet den als Optimisten, der glaubt, daß man vor der Grausamkeit eines solchen Krieges im letzten Augenblick doch zurückschrecken werde. Der Völkerbund erweist sich schwach in der Bekämpfung der Kriegsgefahr und wird auch schwach bleiben, solange in den Regierungen der Völkerbundmitglieder nicht grundlegende Änderungen eingetreten sind. Die Abrüstung zu Lande hat nur geringe Fortschritte gemacht, während die Abrüstungskonferenz zur Einschränkung des Kriegsschiffbaues gescheitert ist. Die Zahl der Regierungen, deren Dasein sich allein auf Gewalt gründet, der fascistischen Diktaturen, hat sich erhöht. In Italien treibt der Fascismus weiter sein Unwesen. Es wuchsen noch neue fascistische Länder hinzu, wie Polen und Litauen; unter dem Deckmantel des Parlamentarismus wird in Ländern wie Rumänien und Ungarn weiter mit fascistischen Methoden regiert. Die spanische Diktatur wurde nicht abgebaut, die dort kürzlich errichtete Nationalversammlung ist ein Hohn auf parlamentarische Demokratie. Die reaktionäre Regierung Englands ist der Schutzpatron der fascistischen Diktaturen. Der Bruch Englands mit Rußland — wo der Kampf und die Vernichtung der Opposition die Blüten der proletarischen Diktatur scharf beleuchtet hat —, die Spannung zwischen Jugoslawien und Italien, die sich in dem Streit um Albanien entlud, der kürzlich mit halbem Erfolg geschlichtete Konflikt zwischen Litauen und Polen, die Vergewaltigung Nicaraguas durch die Vereinigten Staaten sowie der chinesische Bürgerkrieg zeugen sämtlich von der Unsicherheit des Weltfriedens.

In der Wirtschaft ist die Ergiebigkeit der Produktion infolge des technischen Fortschritts und der damit verbundenen größeren Arbeitsintensität in den meisten Ländern gestiegen; eine Erhöhung des Anteils der Arbeitnehmer an der gesteigerten Produktion ist aber vielfach nicht oder in nicht genügendem Umfang eingetreten. Allerdings hat sich im vergangenen Jahre die Lage in einigen Ländern, vor allem in Deutschland und seinen Nachbarländern, verbessert. Die Wirtschaftslage bleibt aber auch in diesen Ländern unsicher, ein Konjunktumschwung kann wieder eintreten. In wichtigen Industrieländern, wie Frankreich, Italien, Dänemark und Norwegen herrscht Wirtschaftskrise. Der Monopolkapitalismus ist ganz gewaltig verstärkt worden. Neben Fortschritten der internationalen Kartellierung der Eisen- und Stahlindustrie ist die internationale Verbindung in der chemischen Industrie, der Kunststoffsindustrie, für die verschiedenen Metallprodukte sowie in der Zündholzindustrie, in einem außerordentlichen Umfang gestiegen, mit allen der Monopolkapitalismus innewohnenden Gefahren. Auf dem Gebiet der Rohstoffversorgung wurden außer der Schaffung der erwähnten internationalen Kartelle wichtige Maßnahmen getroffen, bzw. Pläne aufgeworfen, welche auf eine Organisation der Verwertung der verschiedenen Rohstoffe und Lebensmittels hinauslaufen: Schaffung von mächtigen Getreidekartellen in den amerikanischen Ländern, Valorisierung des Kaffees, Einschränkung der Zuckerzeugung, Drosselung der Gummiausfuhr durch künstliche Maßnahmen usw. Auf dem Gebiet der Ölproduktion ist der Kampf der großen Öltrusts auf sämtlichen Fronten im Gange, ein Kampf, der bekanntlich nicht nur wirtschaftliche, sondern auch weittragende politische Folgen hat. Auf diesem Gebiet sind jetzt auch einige reine Verbraucherländer auf den Plan getreten, um ihre Stellung gegenüber den Öltrusts zu befestigen. So verstärken sich die Organisations Tendenzen in jeder Richtung, ohne daß von einer internationalen Regelung der Rohstoffproduktion, welche Produzenten wie Verbraucher gleichermaßen berücksichtigen würde, die Rede sein könnte. Auch die staatlichen Eingriffe in die Wirtschaft der einzelnen Länder haben an Zahl und Bedeutung stark zugenommen. In Italien, Spanien und Japan waren diese Eingriffe am

zahlreichsten. Nun standen aber diese staatlichen Eingriffe, die die endgültige Absage an den Begriff des liberalen Staates darstellen, nicht im Dienste der gesamten Volkswirtschaft, noch weniger der Besserung des Loses der Arbeiter, sondern fast immer im Dienste von außenpolitischen oder rein kapitalistischen Sonderbestrebungen. Zwar wurden einige Fortschritte auf dem Gebiet des internationalen Warenaustauschs erzielt, auch sind nützliche Handelsverträge (deutsch-französischer Handelsvertrag) zustande gekommen, im großen ganzen ist aber die allgemeine Hochschutzzollpolitik unangetastet geblieben. Die fortschrittlichen Forderungen der Weltwirtschaftskonferenz auf handelspolitischem Gebiet blieben vorläufig ohne praktische Wirkung. So sehen wir auf dem Gebiete der Wirtschaft ungelöste Probleme, die — trotz Weltwirtschaftskonferenz — an Spannung zugenommen haben. Als Aktivposten dagegen soll hier der wesentliche Fortschritt der gemeinwirtschaftlichen Einrichtungen wie der Selbsthilfeorganisationen der Arbeiterschaft, der Genossenschaften, der staatlichen und kommunalen Betriebe, der Arbeiterbanken usw. gebucht werden.

Auf sozialem Gebiet ist die Lage nicht günstiger als auf dem politischen oder wirtschaftlichen, was bei der engen Verflochtenheit all dieser Gebiete nicht zu verwundern ist. Es genügt, auf die Arbeitszeifrage hinzuweisen; wie die längst beschlossene Arbeitszeitverkürzung, die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens, von Regierungen und Unternehmern sabotiert wird. Als anschauliches Beispiel aus letzter Zeit steht uns das aufreizende Verhalten der deutschen Schwerindustrie vor Augen. Weiter konnte das englische Gewerkschaftsgesetz zustande kommen, das die gesetzliche Lage der englischen Gewerkschaften auf den Stand von vor 50 Jahren zurückwerfen soll, während der vielberühmte italienische Arbeitskodex (Charta del Lavoro) das Ende der Organisationsfreiheit besiegelte. Auch sonst wurde die Tätigkeit der Gewerkschaften in den fascistisch regierten Ländern unterbunden, ja waren sie vielfach Verfolgungen ausgesetzt. Die Sozialversicherung wurde zwar in dem einen oder anderen Lande gefördert — der wichtigste Fortschritt ist diesbezüglich das deutsche Arbeitslosenversicherungsgesetz — doch sind auf diesem Gebiet Rückschläge nicht ausgeblieben; vor allem geht das Bestreben dahin, die Selbstverwaltung der Versicherten einzuschränken. Trotzdem ist auch in bezug auf die soziale Bewegung ein außerordentlich wichtiger Aktivposten zu buchen: Unter den Arbeitnehmern Deutschlands wie vieler anderer Länder, ist die Erstarbung des Organisationsgedankens zu bemerken.

Was ergibt sich aus den Erfahrungen? Die drohende Kriegsgefahr mahnt uns mit aller Wucht, welche Aufgaben für die Sicherung des Weltfriedens das Proletariat, von dem allein der Friedensgedanke in Wirklichkeit getragen wird, zu bewältigen hat. Wir wissen wohl, daß die wirtschaftliche und soziale Neuordnung die Voraussetzung des dauerhaften Friedens ist. Die Erfahrungen haben uns aber gelehrt, daß wir unsern Kampf um den Weltfrieden mit um so größeren Aussichten auf Erfolg führen können, je mehr Demokratie wir im Lande haben. Die Freiheit der Agitation ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Kampf gegen Krieg und Imperialismus, die Gewinnung der Massen für die Friedensidee, vor allem aber für die Schaffung eines politischen Systems, das für den Frieden arbeitet und auch den Völkerbund zu einem brauchbaren Instrument des Friedens umgestalten könnte. Das Jahr 1928 ist das Jahr der Wahlen: gewählt wird in Deutschland, England, Frankreich, Belgien und den Vereinigten Staaten, und das Ergebnis wird für die zukünftigen Aussichten des Weltfriedens ausschlaggebend sein.

Die Wahlen können aber auch für den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt von größter Wichtigkeit sein. Es tritt mit immer größerer Eindringlichkeit der enge Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Politik hervor. Wenn auf dem Kieler Parteitag der deutschen Sozialdemokratie einer mit einem glücklichen Ausdruck vom „politischen Lohn“ gesprochen hat, so kann man wohl sagen, daß auch die meisten wirtschaftlichen Entscheidungen — von der Sozialpolitik gar nicht zu reden — durch die politische Machtverteilung bestimmt werden. Werden wir zu einer wirksamen Kontrolle der monopolistischen Organisationen kommen? Wird der Staat weiter bestimmten Unternehmer- oder agrarischen Gruppen Subventionsgeschenke zuschanzen oder aber wird er eine wohlurchdachte Planwirtschaft in die Wege leiten? Wird die Anleihe- und Kreditpolitik im Sinne einer planvollen Konjunkturregelung oder im einseitigen kapitalistischen Interesse geführt werden? Werden die vorhandenen Bestrebungen zur „kalten Privatisierung“ verstärkt werden oder aber die ebenfalls vorhandenen Tendenzen zur Entwicklung der Gemeinwirtschaft? Alle diese Entscheidungen sind politisch bedingt, noch mehr freilich die Forderung des sozialpolitischen Schutzes im Sinne einer „Menschenökonomie“, der gerechteren Lastenverteilung bei der Steuerpolitik und der Verbilligung der Lebenshaltung durch Zoliabau.

Diese Ausführungen sollen freilich nicht bedeuten, daß uns außerhalb des politischen Gebietes keine neuen Aufgaben zugewachsen seien. Das Vordringen des internationalen Monopolkapitals, wie die außerordentliche Erstarkung der Unternehmerorganisationen, die im vergangenen Jahre besonders große Fortschritte machte, stellt die unaufschiebbar Aufgabe vor uns, diesen mächtigen Kampfbündnissen gleichwertige Organisationen der Arbeiterschaft entgegenzusetzen. Diese müssen nicht allein an Mitgliederzahl und Finanzkraft zunehmen, sondern auch an Kampfbereitschaft und, was eben so wichtig ist, an Disziplin. Die Zeit der kleinen zersplitterten Aktionen ist vorbei. Die Geschichte der Aussperrungen (Tabakarbeiter, Metallarbeiter) ist als Symbol der veränderten Verhältnisse bezeichnend. Die Front der Arbeitskämpfe hat sich außerordentlich verbreitert. In dieser Situation ist bei aller Kampfbereitschaft eine außerordentliche Vorsicht und taktisches Geschick erforderlich. Hier müssen die Erfolge in zähem Kampf Schritt für Schritt errungen werden. Bei zähem Festhalten an unsern Zielen und Bestrebungen dürfen wir uns nicht Illusionen hingeben, die unsere Bewegung zurückwerfen könnten. Das Privatkapital ist stark, es hat sich in letzter Zeit außerordentlich gekräftigt, während die Zerrissenheit der Arbeitnehmerfront die Führung der Kämpfe außerordentlich erschwert. Die Schaffung einer wirklichen und nicht nur aus taktischen Absichten herangezogenen Einheitsfront steht noch in weiter Ferne. Auch diese Zeit wird einmal kommen. Wir brauchen nicht zu verzagen, sondern müssen alle Kräfte der Stärkung unserer politischen und gewerkschaftlichen Organisationen zuwenden.

Brief aus Amerika.

Aus einem Amerikabriefe an einen Kollegen entnehmen wir:

Als wir seinerzeit auseinandergingen, da versprach ich Dir, zu schreiben. Nicht über Wolkenkratzer, angemahte Mädchen oder Prohibition — das sind Dinge, die Dich nicht besonders interessieren und über die Du in den illustrierten Zeitschriften drüben alles wissenswerte lesen kannst. Sondern Du wolltest über berufliches informiert sein. Über rein technische Angelegenheiten berichten meistens die Fachzeitschriften. Um das Wichtigste vorweg zu nehmen: Es scheint eine Krise bevorzustehen.

Vorige Woche erfuhr ich etwas von 14 arbeitslosen Farbatzern, jetzt spricht man von 110 bis 120 arbeitslosen Chemigraphen (alles zusammen). So viel ich weiß, ist der Verband in New York rund 2000 Mann stark. Wir hätten also 5 Proz. Arbeitslose. Manche Kollegen schütteln bedenklich die Köpfe und meinen, das sei sehr viel. Andere beurteilen die Lage nicht so skeptisch und erblicken darin nichts weiter als die Auswirkungen einer geschickten Unternehmertaktik. Der alte Tarif läuft ab, der neue soll unter anderem auch die Fünftagewoche bringen. Genau so wie in Deutschland sehen darin die Unternehmer eine Schmälerung ihres Profites. Und genau so wie drüben, hängt der Erfolg eines Kampfes — ganz gleich ob Streik oder Aussperrung oder tariflose Zeit — vom Kampfegeist und von der mehr oder weniger gefüllten Bundeslade ab. Die meisten Dollars entscheiden. Seit Oktober wird ein Extrabeitrag von 1 Dollar pro Woche zum Auffüllen der Kasse eingesammelt. Der Monatsbeitrag ist 2,50 Dollar. Die Arbeitszeit ist zurzeit 44 Stunden. Minimallohn 60 Dollar, Spitzenlohn 100 Dollar, den allerdings nur einige Kollegen erreichen. 80 Dollar ist ein guter Durchschnittslohn, damit läßt sich sehr gut leben, denn die große Menge der anderen Arbeiter muß mit 40 Dollar zufrieden sein. Warum schreibe ich nun Dir das alles?

Du sollst in der Lage sein, Kollegen, die von der Verwaltung Auskunft wollen, diese geben zu können. Es soll niemand eingeschüchtert werden, es soll aber auch niemand hereinflallen. Es wird immer Kollegen geben, die auswandern wollen. Wenn diese endlich so weit alles überstanden haben, daß sie amerikanischen Boden betreten, so ist das Herz meistens voller Hoffnung. Nun soll ja alles besser werden. Der Kollege muß sich an die Union wenden. Der jetzige Arbeitsnachweisführer verläßt seinen Posten, er sprach sehr gut deutsch, was für den Einwanderer von der größten Wichtigkeit ist, denn die wenigsten Kollegen werden englisch verstehen. Wer an seine Stelle gewählt wird und ob der Nachfolger deutsch kann, weiß noch niemand. Der Arbeitsnachweisführer ist Beamter und hat tagsüber seine Bureaustunden, die Vermittlung geschieht nur durch den Arbeitsnachweis. So lange ein Unionkollege ohne Arbeit ist, so lange bekommt der Neueingekommene keine Erlaubnis zum arbeiten, erst wenn kein Arbeitsloser mehr da ist, dann kann er einen Erlaubnisschein zum arbeiten bekommen. Wenn auch die Zugehörigkeit zur Organisation in Deutschland nicht in Anrechnung gebracht wird, so ist es doch gut, wenn man sein Verbandsbuch vor sich kann. Der Erlaubnisschein kostet 10 Dollar, die aber angerechnet werden, wenn man

seine Aufnahmegebühr von 230 Dollar bezahlt; dies kann ratenweise geschehen; erst wenn der volle Betrag eingezahlt ist, kann man um die Aufnahme in die Union nachsuchen. So lange man nicht Unionsmitglied ist, hängt man in der Luft, denn man muß immer zuerst entlassen werden, ehe der Chef einen Unionsmann entlassen kann. Der Antrag zur Aufnahme in die Union muß vom Vertrauensmann und von zwei Kollegen unterstützt werden; diese müssen vor einem Prüfungsausschuß bestätigen, daß man sich als Kollege nichts zu schulden kommen hat lassen und daß man alle vorkommenden Arbeiten, auch Nachschneiden, zur Zufriedenheit ausführen kann. Muster und Zeugnisse haben nicht viel Wert. Die endgültige Aufnahme erfolgt in einer öffentlichen Versammlung, wo man die Einhaltung der Statuten beschwören muß, dann ist man erst einigermaßen geborgen. Nach einem halben Jahre Karenzzeit bekommt man 25 Dollar Arbeitslosenunterstützung. Wenn man also Glück hat und in eine Periode guten Geschäftsganges hineinkommt, ist die Sache nicht so schlimm, auch wenn man kein englisch versteht. Anders aber, wenn keine Leute gebraucht werden.

Ein Kollege, der vor einem Vierteljahr herüberkam ist heute noch ohne Stellung und kann unter Umständen noch lange warten müssen. Er hat Frau und Kinder gleich mitgebracht und ist nun recht traurig dran. Etwas anderes anpacken ist nicht jedermanns Sache. Er kann vielleicht als Autowäscher oder als Geschirrwäscher gehen, wie es oft die ungelernen Arbeiter zu Anfang tun, aber dann verdient er nur 20 Dollar und es muß fest zugegriffen werden. Wie ich herüberkam auch einige Kollegen arbeitslos, ich habe aber einsteilen im Offset gearbeitet, da hatte ich nach zwei Wochen Stellung. Erst nach einem Vierteljahr bin ich wieder zur Chemigraphie gegangen. Bei mir dauerte es ein halbes Jahr bis ich in die Union aufgenommen wurde.

Die Chemigraphen haben einen Verband für sich und haben mit den Lithographen nichts zu tun. Der Verband der Chemigraphen erstreckt sich über ganz Nordamerika mit dem Sitz in Chicago. Die Verbandsfunktionäre sind Angestellte und sind nicht schlecht bezahlt.

Ferien, Bezahlung der Feiertage und Kündigungsfrist gibt es nicht. Ein pünktliches Kommen kennen nur die Deutschen, man drückt beim Kommen und gehen durch die Kontrolluhr die Zeit auf seine Zeitkarte und bekommt die fehlenden Minuten, die manchmal Stunden ausmachen, einfach abgezogen; das hält jeder für selbstverständlich. Die Versammlungen sind alle 4 Wochen am 1. Montag im Monat, für Nachtarbeiter sind die Versammlungen Sonntags. Sie beginnen 1/2 7 Uhr und sind gegen 8 Uhr zu Ende. Man sitzt nicht an Tischen wie im „Goldenen Anker“, sondern setzt sich auf einen der Stühle, die in Reihen aufgestellt sind, raucht seine Zigarre, behält den Mantel an und verschwindet nach Versammlungsschluß so schnell wie möglich. Wer in einem Vierteljahr nicht mindestens eine Versammlung besucht, zahlt 1 Dollar Strafe. Restantengibt es keine. Das wäre was für Adolf! Alljährlich ist ein großes Meeting an einem Sonntag. Wer da fehlt, muß 5 Dollar Strafe zahlen. Zur Kontrolle werden Karten ausgegeben, einen Abschnitt gibt man in der Versammlung ab, ausgefüllt mit Namen und Datum, die andere Hälfte bekommt der Geschäftsvertrauensmann. Dieser wird auch alljährlich gewählt; trotzdem Wiederwahl möglich ist, soll doch möglichst ein neuer Kollege gewählt werden. Ablehnen darf keiner, außer, er hat ganz triftige Gründe. Vorgesetzte im deutschen Sinne gibt es nicht. Es wird geraucht, gesungen und gepfiffen, der Lehrling ruft den Chef genau so beim Vornamen, wie es der Vormann mit dem Gehilfen tut.

Werkzeugentschädigung ist einkommensteuerfrei.

Die Notenstecher wie die Formstecher erhalten durch tarifliche Obereinkommen eine bestimmte Entschädigung für Abnutzung eigenen gebrauchten Werkzeuges zum Zwecke seiner Wiederanschaffung. Diese geldliche Entschädigung hat wiederholt Anlaß gegeben zu steuerlichen Streitigkeiten insofern als strittig war, ob dieses Werkzeuggeld einkommensteuerpflichtig sei oder nicht. Auf eine Anfrage der Notenstecher Leipzigs betreffend steuerliche Behandlung der Entschädigung, die den Notenstechern für Verhalten und Abnutzung des Werkzeuges gewährt wird, ist vom Präsidium des Landesinzenzamt Leipzig folgende Antwort erteilt worden:

„In § 36 Absatz 2 Nr. 2 des Einkommensteuergesetzes sind die Entschädigungen für vom Arbeitnehmer gestellte Arbeitsmittel ausdrücklich den Vergütungen für Dienstaufwand gleichgestellt worden. Daraus folgt, daß die Entschädigung für die von den Notenstechern gestellten Arbeitsmittel steuerfrei ist, wenn sie nur in Höhe des nachgewiesenen Aufwandes gewährt wird oder die tatsächlichen Aufwendungen offenbar nicht übersteigt.“

Die Kollegen mögen diese Klarstellung beachten!

Rundschau.

Ausbau der Wirtschaftsorganisationen der freien Gewerkschaften.

Die von der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G. im Oktober 1925 gegründete Treuhand- und Steuerabteilung hat infolge erfreulicher Inanspruchnahme durch den Kundenkreis der Bank eine solche Ausdehnung erfahren, daß es zweckmäßig erschien, ihr in Form einer selbständigen Gesellschaft eigene Rechtspersönlichkeit zu verleihen. Dadurch wird die bisher jederzeit gewährte und gewährleisteteste Vertraulichkeit gegenüber den übrigen Instanzen der Bank noch stärker zum Ausdruck gebracht.

Die neue, mit einem Stammkapital von 200 000 Reichsmark ausgestattete Gesellschaft führt die Firma *Gesellschaft für Vermögensverwaltung und -verwaltung (Treuhand und Revision) mit beschränkter Haftung.*

Die Gesellschaft hat sich u. a. folgenden Aufgabekreis gestellt:

Die Übernahme von Vermögensverwaltungen aller Art und des Amtes als Pfandhalter oder Treuhänder,

die Übernahme regelmäßiger, gelegentlicher und dauernder Prüfungen und Überwachungen der Buchführung, der Abschlüsse, der Abrechnungen und der Rentabilität kaufmännischer und gewerblicher Firmen, von Einzelkaufleuten, von Gesellschaften aller Art, von Behörden, von Vereinen, von landwirtschaftlichen Betrieben usw., einschließlich der Beratung in allen die Buchführung und Abschlüsse betreffenden Angelegenheiten und in Steuerfragen; ferner

die Übernahme aller Geschäfte, die mit der Liquidation von Firmen, Vereinen oder einzelnen Vermögensmassen zusammenhängen, insbesondere auch die Übernahme von Rechten und Forderungen zum Zwecke des Inkassos; ferner

die Wahrung der Rechte von Inhabern notleidender Hypotheken und die Vertretung der Besitzer von Schuldverschreibungen;

die Übernahme der Ordnung von Gesellschaften und Vereinen, die in finanzielle Schwierigkeiten oder deren Verhältnisse in Verfall geraten sind;

die Wahrung der Rechte von Aktienbesitzern aus deren Aktien, die Übernahme von Aktienregistrierungen und Umschreibungen für Gesellschaften jeglicher Art;

die Annahme von Wertpapieren zur Hinterlegung und die Ausfertigung von Zertifikaten an Stelle der hinterlegten Wertpapiere usw.

Bei Erledigung aller dieser Geschäfte ist die Gesellschaft, deren Leiter sowie die mit der Bearbeitung beauftragten Personen zur Wahrung des Berufsgeheimnisses verpflichtet.

Zu den Betriebsrätewahlen.

Zur Erleichterung bei den Wahlen der Betriebsräte, die jetzt bevorstehen, hat die Verlagsgesellschaft des ADGB. Formulare herausgegeben. Es ist dringend zu empfehlen, daß alle Körperschaften, die mit den Betriebsrätewahlen zu tun haben, sich dieser Hilfsmittel bedienen. Folgende Formulare sind jederzeit erhältlich:

Formular 1: Das Wahlrecht und das Wahlverfahren zu den Betriebsvertretungen.

Formular 2: Bestellung des Wahlvorstandes durch den Betriebsrat. (Nach § 23 BRG.)

Formular 3: Wahlausschreiben für die Wahl des Betriebsrates. (Arbeiter- oder Angestelltenrats.)

Formular 4: Vorschlagslisten für die Wahl des Betriebsrats. (Arbeiter- oder Angestelltenrats.) Nach § 5, Wahlordnung, BRG.)

Formular 5: Bekanntmachung des Wahlergebnisses. (Nach § 18, Wahlordnung, BRG.) Fassung 1 (bei Vorliegen einer Vorschlagsliste). (Nur eine gültige Vorschlagsliste, sowohl seitens der Arbeiter als auch seitens der Angestellten liegt vor.)

Formular 6: Mitteilung an die Gewählten. (Nach § 17, Wahlordnung, BRG.)

Formular 7: Niederschrift über die Berechnung des Wahlergebnisses. (Nach § 16 Abs. 1 und 3, Wahlordnung, BRG.)

Formular 8: Bekanntmachung des Wahlergebnisses. (Nach § 18, Wahlordnung, BRG.) Fassung 2 (bei Vorliegen mehrerer Vorschlagslisten).

Die Volksfürsorge im Jahre 1927.

Konnte in bezug auf das Geschäftsjahr 1926 gesagt werden, daß es ein Jahr des Erfolges gewesen sei, so trifft diese Bezeichnung nicht minder für das nun abgelaufene Jahr 1927 zu. Während des Berichtsjahres sind 376 591 Anträge gestellt worden, so daß die Volksfürsorge Ende des Jahres 1927 mit einem Bestande von über 1 Million Volks- und Lebensversicherungen mit einer Versicherungssumme von etwa 400 Millionen RM. abschloß. Durchschnittlich kamen monatlich über 30 000 Neuanträge herein. Die Prämieinnahme belief sich auf rund 17 1/2 Millionen RM., die Einnahme an Zinsen für ausgeliehene Kapitalien auf rund 1,6 Millionen RM. Die gesamte Kapitalanlage erreichte eine Höhe von nahezu 31 Millionen Reichsmark. Für Sterbefälle sind 1927 etwa 1,15 Millionen, davon für Unfälle rund 1/4 Million Reichsmark ausgezahlt worden.



Feuilleton.

Zum Gedächtnis Friedrich Eberts.

Von Walter G. Oschilewski.

Am 28. Februar d. J. jährt sich zum dritten Male der Tag, an dem der erste deutsche Reichspräsident, Friedrich Ebert, nach einem arbeitsreichen Leben und einer fünfjährigen, aufopfernden Amtstätigkeit die Augen für immer schließen mußte. Unser Gedenken gilt heute dem ersten obersten Staatsmann der deutschen Republik, dem unermüdeten Propagandisten und Förderer des modernen Gewerkschaftsgedankens.

Friedrich Ebert wurde am 4. Februar 1871, wenige Wochen nach der Kaiserproklamation, als Sohn eines einfachen Handwerkers in Heidelberg geboren. Seine Jugendzeit verlief wie die eines jeden Arbeiterjungen. Nach dem Besuch der Volksschule, die ihn mit der „dürftigen, geistigen Volksschulenkost“ speiste, wie mit Recht Paul Kampffmeyer, der verdienstvolle Biograph Friedrich Eberts anmerkt, erlernte er beim Meister Schmitt das Sattlerhandwerk, und bald ward man in der heimstädtischen Gewerbefachschule auf seine ungewöhnliche intellektuelle Begabung aufmerksam. Mit einem heilsichtigen Blick für alle Erscheinungen und Schwächen des menschlichen Lebens ausgezeichnet, diesen Erscheinungen in ihrer Bedingtheit und Gesetzmäßigkeit auf den Grund zu gehen, sie zu beurteilen und nach Möglichkeit zu ändern, war schon dem Knaben und Jüngling ein unruhiges Bedürfnis, „Bewegung, Gestaltung“, das sind seine Leitworte, die, wenn er sie auch nicht gesprochen, so doch gesprochen haben könnte.

Nach Beendigung seiner Lehrzeit ging er auf die Wanderschaft; doch schon Mannheim hielt den jungen Ebert fest. Hier hatte Dreesbach vor längerer Zeit das „Badisch-Pfälzische Volksblatt“ gegründet, und die junge, aufstrebende Industriestadt konnte schon auf eine geschlossene, wohlgeordnete Arbeiterschaft stolz sein. Ein Stiefbruder seines Vaters, der Schneider Strötz, führte ihn in die sozialdemokratische Bewegung ein, die noch ganz in einem Lassallianismus wurzelte. Marxistens Schlag unserer Zeit gab es wenig; es galt vornehmlich den Staat, der immer nur ein Herrschaftsinstrument der besitzenden Klasse gewesen war, für die Arbeiterschaft zu erobern, — ein Bemühen, dem Ebert bis in seine Präsidentschaft treu geblieben ist, und das uns noch heute Ansporn und Aufgabe sein müßte.

Man schrieb das Jahr 1889, das vorletzte des Sozialistengesetzes. Überall glüht es unterirdisch, die Hände ballten sich. Um dem Säbel Bismarckscher Schutzleute zu entgehen, gründete man Fachvereine, Fachvereine der Tischler, Sattler, Zimmerer, und gab diesen rein beruflich-gesellig erscheinenden Vereinigungen Charakter und Bedeutung einer ersten gewerkschaftlichen Organisation. Ebert schloß sich sofort der Fachvereinigung der Sattler an und wurde noch im selben Jahr Schriftführer der eben gegründeten Hannoverschen Zahlstelle, 18jährig! In den Nachtstunden arbeitete er unermüdet an seiner Fortbildung und verschlang mit heißem Gesichte jene verbotene illegale sozialistische Literatur, die Julius Motteler, der „rote Postmeister“, aus England und der Schweiz nach Deutschland brachte. Vom „Kommunistischen Manifest“ über die Aufgaben des Proletariats belehrt, und begeistert davon, wirkte er unermüdet, ertrug trotzigen Herzens alle Maßregelungen, mußte aber, da ihm jegliche wirtschaftliche Existenz unmöglich gemacht wurde, 1890 Hannover verlassen.

Es folgten dann die unerbittlichsten Kämpfe, laufende Maßregelungen, Enttäuschungen, aber auch Erfolge. Das Jahr 1890 zählte schon 1427 298 sozialistische Reichstagswähler, hingegen nur 200 000 Mitglieder der Gewerkschaften. Da gab es für Ebert noch viel zu tun. In Kassel Gründer der Sattler-Zahlstelle, dann ihr Vorsitzender. In Bochum oft verprügelter Helfer bei der Dezemberwahl. In Bremen dann, seiner zweiten Heimat, Kartellvorsitzender, Förderer der Konsumbewegung, Gründer einer Bäckergenossenschaft, Redakteur der „Bremer Bürgerzeitung“, Stadtverordneter und langjähriger Arbeitersekretär.

Im Gegensatz zu Bebel, der noch auf dem Kölner Parteitag 1893 kursorischen Blicks die Aufgaben der Gewerkschaften durch die „Gesetzgebung auf dem Gebiete der Gewerbeordnung“ beschnitten glaubte, hat Ebert unerläßlich den Gedanken der Notwendigkeit eines gewerkschaftlichen Zusammenschlusses aller Arbeiter propagiert, fundamantiert, vertieft, das organisatorische Gerüst schaffen helfen, wofür ihm über das Grab hinaus gedankt werden muß. Die Jahre hindurch galt sein Bemühen, der Arbeiterschaft Schutz, Raum, Brot und Erwerb zu schaffen. Die Aufgabe der Gewerkschaften lag ihm auf dem Gebiet der sozialen Praxis. Sie waren ihm ein Schutzverband gegen das Kapital, eine Erziehungsgemeinschaft zur Pflege einer proletarischen Solidarität, ein Machtfaktor der Arbeitenden.

So wurde er als Sozialpraktiker Führer sozialdemokratischer Politik. Nach fünfjähriger Tätigkeit im Bremer Arbeitersekretariat 1905 vom Parteitag in den Parteivorstand gewählt, war ihm die Bremer Zeit die beste Schulung und befähigte ihn, wie keinen zweiten, später als oberster Beamter dem Reiche vorzustehen.

Im Jahre 1908 wurde in Verbindung mit der Generalkommission der Gewerkschaften, den Vertretern der Jugend und der Sozialdemokratischen Partei die „Zentralstelle für die arbeitende Jugend“ gegründet, die im letzten Vorkriegsjahr nahezu 800 Jugendausschüsse mit mehr als 100 000 Lesern der „Arbeiterjugend“ zusammenfaßte. Der Vorsitz lag in den Händen Friedrich Eberts. Jahrelang war er der „Schirmherr“ der proletarischen Jugend, kein verknöchertes Wohlfahrtsbeamter, kein sorgsamer Behüter, ein Mensch mit großem Herzen und verständnisvollem Einblick in die Seele der Jugend.

Von der Arbeiterschaft Elberfeld-Barmens 1912 in den Reichstag gewählt, war Ebert bis zu seiner Präsidentschaft einer der maßgebendsten Führer der sozialdemokratischen Reichspolitik. Noch im Juli 1914, im Auftrage des Parteivorstandes, die großen Demonstrationen gegen den Krieg organisierend, sehen wir ihn als einen der eifrigsten Förderer des Friedens. Stärker jedoch war das Schicksal. Auf der sozialistischen Konferenz zu Stockholm 1917 sollte mittels der neutralen Sozialisten eine Verständigung mit den kriegsführenden Völkern ermöglicht werden, die jedoch durch die vom Holländer van Kol im Augenblick völlig deplacierte Aufrollung der Kriegsschuldfrage zu einem Fiasko wurde. Der Krieg ging weiter. Die Umwälzung in Rußland 1917 war der zweite gegebene Anknüpfungspunkt, diesmal die Reichsregierung zu Friedensbereitschaft zu veranlassen. Eine von David und Scheidemann verfaßte Denkschrift der Sozialdemokratie war die gegebene Diskussion. Diese Bemühungen wurden auf das schärfste von der obersten Heeresleitung bekämpft, bis der 5. Oktober 1918 durch die von Ebert bei seinen Freunden durchgesetzte, von der Regierung erbetene Mitbeteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung eine Veränderung der Staatspolitik Deutschlands herbeiführte. Am 8. November wurde Ebert Reichskanzler, Vorsitzender des Rates der Volksbeauftragten, am 11.

Februar 1919, in der Sitzung der Nationalversammlung, zum ersten Reichspräsidenten der Deutschen Republik gewählt, deren (Weimarer) Verfassung er im August 1919 Treue und Achtung schwören konnte. Während seiner fünfjährigen Präsidentschaft als „Vertreter des ganzen Volkes, nicht einer Partei“, hat Ebert viel berechtigte und unberechtigte Anfeindungen, Verleumdungen ertragen müssen, die er auch mit beispielloser innerer Charakterfestigkeit ertrug. In rastloser Arbeit half er Deutschland wieder in den Sattel setzen, bewahrte es vor allen Anschlägen der Feinde der jungen Republik. Erst der aus dem Hinterhalt schmachlächelnde Magdeburger Verleumdungsprozeß erschütterte ihn und verschlammte sein altes Gallenleiden derart, daß er am 28. Februar des gleichen Jahres an den Folgen einer Operation verstarb; geachtet und verehrt vom In- und Ausland, betrauert von Millionen deutscher Arbeiter.

Arbeit war sein Leben. Das zweibändige, von seinem Sohn herausgegebene und von Paul Kampffmeyer mit einer umfangreichen Biographie versehene Werk (Karl Reibner, Dresden), gibt uns einen Einblick in die Werkstatt dieses rastlosen Geistes — „Briefe, Aufzeichnungen und Reden“. Immer spricht er von Fleiß, Ausdauer, Tüchtigkeit, Tatkraft. Alle diese Tugenden besaß er, das empfand das deutsche Volk, als es ihn im Februar 1919 im Weimarer Nationaltheater zu seinem obersten Führer wählte. Denn das Deutschland, das in seinem Herzen wohnte, konnte nur durch Arbeit, Recht und Freiheit aufgebaut werden. Dafür lebte und wirkte er, bis er heimgehen mußte. Er war ein Sohn des Volkes und blieb es immer. Sein Lebenswille, seine ungeheure Tatkraft, sein Deutschtum müßte uns Vorbild sein. Wir sollten ihm nachahmen in seiner Treue. Er arbeitete sich zu Tode; wir wollen nur das Mögliche tun. Er hat die politische Demokratie schaffen helfen; das war der erste Stein. Die soziale zu schaffen, das ist unser Werk!

Auszeichnung für einen, von einem Kollegen geleiteten Arbeitergesangsverein.

Am 20., 21. und 22. Januar 1928 konnte der Männergesangsverein „Erfordia“ in Erfurt, Mitglied des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes, Gau Thüringen, dessen 1. Vorsitzender seit 1918, also seit 10 Jahren, unser Kollege Hermann Eckardt ist, sein 50 jähriges Jubiläum feiern.

Mit einem Schreiben des Oberpräsidenten in Magdeburg, wurde dem Kollegen eine Plakette in Bronze vom Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung: „Für Verdienste um die Förderung des Chorgesanges und die Pflege des Deutschen Volksliedes“ übersandt. — Diese Auszeichnung des Arbeitergesangsvereins „Erfordia“ muß der gesamten Arbeitergesangsvereinsbewegung, ganz besonders im Jahre des ersten großen deutschen Arbeiter-sängerfestes in Hannover 1928, größte Freude bereiten.

Es ist doch in der Deutschen Republik etwas anders in dieser Beziehung geworden, denn in der hohenzollern-wilhelminischen Zeit hätte wohl kein Arbeitergesangsverein eine Plakette in Bronze von einem preußischen Ministerium verliehen erhalten.

Die gesamte Arbeiterschaft und besonders unsere Kollegenschaft, kann sich darüber freuen, und unserem Kollegen Eckardt, dessen „Erfordia“ und ihrem Chormeister Karl Bucha, zu dieser seltenen Ehrung gratulieren mit dem Wunsche des Dichterwortes:

Daß Volk und Kunst gleich blüh' und wach's
Bestell' ihr so, mein ich, Hans Sachs.

Zinkdruckplatten in Ia Lithographie-Qualität

Ia Auswaschkur

Zinkätzsitz D. R. P.

Entsäuerungspulver, Schleifkugeln

sowie sämtliche Utensilien für den Zinkdruck.

Karl Meß G. m. b. H., Berlin SO 36, Wiener Straße Nr. 50
Fernspr. Mor. 12289

ANDRUCKER

1. Kraft, für sofort in Dauerstellung gesucht

Graphische Werkstätten Fackel & Klein, Stuttgart.

Fachliteratur!

Der Werdegang der Autotypie.

Preis inkl. Nachnahme 5.10 RM

Der praktische Umdrucker von Bernhard Enders. Preis inkl. Nachnahme 1.10 RM.

Der Filmlichtdruck von Otto Neubert

Preis inkl. Nachnahme 1,70 RM.

Die lithographischen Verfahren u. der Offsetdruck von Otto Krüger.

Über 270 Seiten Text mit etwa 130 Abbildungen und 20 zum größten Teil mehrfarbigen Tafeln. Leinen inkl. Nachnahme 18.60 RM.

Das Tauschieren u. Ätzen der Metalle v. O. Schweikhard u. W. v. Falkenstein.

Preis inkl. Nachnahme 1.60 RM.

Die Erfindung der Lithographie von Fritz Hansen. Preis inkl. Nachnahme 0.75 RM.

Der Filmlichtdruck von Otto Neubert.

Preis inkl. Nachn. 1.75 RM.

Zu beziehen durch:

Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig.

Achtung!

Die Kollegenschaft wird gebeten, uns die Adresse oder Firma mitzuteilen, wo sich der

**Steindrucker
Anton Grohans**

befindet. Mitgliedschaft Dortmund.

Für Graphiker

ein praktischer Ratgeber mit 48 illustrierten Beispielen aus der Klischee- u. Drucktechnik von Hans Eckardt. (Höchste Anerkennung der Fachpresse)

Aus dem Inhalt:

Die Wichtigkeit der Klischees nebst den nötigen Beschlüssen. Die Unterschiede und der Werdegang des Holzschlittens - Strichlängen - Anstypfen - Galvano und Stereotypen. Wie soll die Zeichnung für Reproduktionzwecke beschaffen sein? Ihre Technik. - Praktische Maßangaben. - Die Wirkung illustrierter Inserate. - Strichkombination mit Rasterkombination. - Positiv, Retusche, Farb- und Klischees. - Die Abnetzung der Klischees und ihre Ursache. - Klischeebehandlung und Aufbewahrung und dgl. mehr! Preis 2.80 RM. gegen Nachnahme oder Vorauszahlung. Postschektil Leipzig Nr. 15 078 Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Angerstraße 8.